

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Jahressubskriptionspreis frei Haus beträgt 30 Goldmark. Bezugsbedingungen sind stets nur die Freitags für die kommende Woche zu föhlig. Schluß der Anzeigen-Aannahme: zehn Tage vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-System berechnet; die Dreifach- und Freibleibend. Belegungen: diese Preisnahme 14 mm Breite, Nummer 7431 Druck-Fachseite. Halle-Zeitung, Halle a. S., Postfach-Nummer 140. Verlagsort: Halle a. S. Dr. C. C. Hoffmann-Konto: Leipzig Nr. 4619. Erfüllungsort: Halle a. S.

Grundlagen des Goldbaus.

Einseitigkeit des Staatlichen Plans.

Paris, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der Bericht Barriets aus Berlin erzählt, legt sich der Plan Dr. Schmidt zur Gründung einer Goldbank aus nachfolgenden Statuten zusammen:

Die Zeichnungen finden nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland statt. Die Deutschen oder ausländischen Zeichner sind nicht verpflichtet, ihre Namen anzugeben. Sie können das Kapital vielmehr durch dritte Personen einzahlen lassen.

Für deutsche Untertanen ist eine Ausnahme vorgesehen d. h. jeder Deutsche, der sich gegen die verschiedenen Reichsgesetze betreffend die Kapitalverfügung oder Steuerschuldverhältnisse vergräbt, wird bestraft, und seine Rechte wieder eingesetzt, wenn er einen Betrag an Aktien der Bank einlegt, der zur Hälfte seinem Vermögen in Devisen entspricht.

Die Reichsbank beteiligt sich an der Zeichnung des Kapitals der Goldbank mit einem Betrag, über den sie ein verpfändbares Verfügungsrecht hat.

Die Zahlungen in Gold und Devisen, die das Kapital bilden, werden im neutralen Ausland hinterlegt, damit sie gleichfalls gegen eine eventuelle Revolution in Deutschland oder gegen eine Beschlagnahme durch eine feindliche Macht geschützt sind.

Die Bank nimmt keinerlei Transaktionen besonderer Art vor. Der Aufsichtsrat besteht aus Persönlichkeiten der Wirtschaftskreise. Die Zurücksetzung der Banknoten in Gold und Devisen wird binnen Jahresfrist gewährleistet. Das Bankgeld wird gleichfalls vom Reich in Beträgen mit dem ausländischen Wechselkurs garantiert.

Die Zeichnungen bringen eine in Gold zahlbare Dividende ein. Die Bank ist von sämtlichen Abgaben und Steuern entbunden. Das Reich erhält von den Nettoerträgen 2 1/2 Prozent des Aktienkapitals, von dem Rest erhält der Aktionär 7 Prozent des Kapitals und die Aktionäre teilen sich weiterhin 50 Prozent der Gewinne, die die Dividenden übersteigen.

Die Goldbank, die im Zusammenhang mit der Goldbank arbeiten wird, hat verschiedene Anwendungen für Organisation und technisches Personal zu vermitteln. Die Dauer der Bank ist mit 20 Jahren garantiert.

Anschließend ihrer Liquidierung werden die Zeichner das Kapital und die Wertpapiere erhalten. Falls das Reich die Bank nicht erhalten will, so können die Zeichner der mittleren Klassen die Dividenden der letzten 10 Jahre, zu mindestens des Doppelten des nominalen Betrages und der Hälfte der Wertpapiere, die die Wertpapiere der Konzeption durch das Reich ist vorgesehen. Der Präsident der Bank hat das Vortrecht.

Das Reich erhält nach Beendigung der Wertpapiere 10 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals, sowie die Hälfte des Restkapitals der Wertpapiere, die die Dividenden nach Aufzahlung von 5 Prozent des Aktienkapitals im Falle ihrer Liquidierung die Hälfte des Restkapitals erhalten.

Dem Welt Bankien zufolge ist Dr. Schmidt der Ansicht, daß 2 Milliarden Goldmark in ausländischen Devisen sich zurzeit in Deutschland befinden. Weiter sieht er auf dem Standpunkt, daß der Betrag außerhalb Deutschlands vorhanden ist und nicht zum Vorteil der deutschen Volkswirtschaft verwendet wird. Die Goldbank müßte mit einem Kapital von einer Milliarde Goldmark gegründet werden. Zunächst werden sie 2 Milliarden zu 5 Prozent bei vorübergehender Befugnis ausgeben, im Notfall für weitere 3 Milliarden. Dieser Betrag entspricht dem Geldumlauf des Reiches.

Vorbereitung der Verhandlung in Berlin.

Paris, 24. Januar. Die Pariser Mission des Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt ist nunmehr beendet. Dr. Schmidt wird nicht mehr von den Sachverständigenausschüssen gehört werden und wird heute die Rückreise nach Berlin antreten. Die Anhörung des Staatssekretärs a. D. Bergmann und des Regierungsrats Dr. Wagner vor dem zweiten Ausschuss, der sich mit der Kapitalfrage aus Deutschland befaßt, verlief in Form einer rein technischen Unterredung. Der Ausschuss wird sich nunmehr auf einige Tage in Berlin versetzen, voraussichtlich bis zum Montag in acht Tagen. Wie ergänzend gemeldet wird, hat das der Presse übermittelte Communiqué folgenden Wortlaut:

Das Komitee für die deutsche Kapitalfrage ist in ein außerordentliches Vorstadium der ihm zur Verfügung stehenden Fragen eingetreten. Es wird aus Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt und den früheren Staatssekretär Bergmann darüber beraten, unter welchen allgemeinen Voraussetzungen es möglich sein wird, in Deutschland praktische Maßnahmen auszuführen. Das Komitee tritt am Donnerstag nächster Woche wieder in Berlin zusammen. Das Sekretariat des Komitee, das in Paris arbeitet, hat inzwischen eine große Anzahl technischer Informationen gesammelt, die das Komitee nicht zu haben glaubt, um seine Arbeiten fördern zu können.

Paris, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Reichsbankpräsident Dr. Schmidt ist gestern nachmittag vom Vorsitzenden der Reparationskommission empfangen worden.

Verhandlungsbereitschaft im englischen Eisenbahnstreik.

London, 23. Januar. Der Meinungsaustausch zwischen Bromley, dem Sekretär des Deutscher und Lokomotivführerverbands, und den Direktoren der Eisenbahngesellschaften dauert fort. Bromley hat den Direktoren mitgeteilt, daß er bereit ist, über die Beendigung des Streikes in den Verhandlungen einzutreten. Die Direktoren erwidern, daß sie sich dagegen hätten unter der Voraussetzung jedoch, daß die Entscheidung des Parlamentes aufrecht erhalten bleibt.

Kreuzer meldet, daß der Eisenbahnstreik ernste Folgen im Industrie- und besonders in Kohlen- und Eisenbergbau

nach sich zieht. Es wird berichtet, daß in Südbraunfels allein 50 000 Bergarbeiter feiern müssen. Mit den Arbeitern in Nordbrunfels sind wahrscheinlich zusammen 100 000 Arbeiter erwerbslos. Die Häfen von Südbraunfels beginnen die Wirkung des Ausfalls zu spüren. Die Schifffahrt dürfte dort bald eingestellt werden, wenn keine Regelung ausfindig kommt. In Liverpool ist erster Mangel an Kohlen eingetreten, obwohl für die Schifffahrt, Industrie und Hausbrand. Die Ausfahrt der Schiffe würde infolgedessen Verzögerungen. Gegen Ende der Woche wird die Schifffahrt teilweise stillgelegt werden müssen, wenn nicht größere Kohlentransporte antommen.

Ein Hülfers aus der Pfalz.

Belgien gegen die Sonderländer.

Aus der Pfalz, 24. Januar. Von der Stadt Speyer ist durch die Großmunicipalität Klagen folgender Natur an die Welt gebracht worden:

Gelangens, deren Vergehen allein darin besteht, daß sie die Regierung der „Autonomen Pfalz“ nicht als rechtmäßige Behörde anerkennen, sondern seit Tagen im Regierungsgebäude zu Speyer von den Separatisten gewalttätig mißhandelt. Ihre Kammerer bringen durch die Mauern über die Straße. Selbst Frauen bleiben nicht verschont von brutaler Peinigung. Ihre Klagen und Schreien bringt erschütterter an unser Ohr und Herz, wir alle hören die Saute der Qual und Pein Tag und Nacht, nur General de Wetz, der unmittelbar dem Regierungsgebäude gegenüber wohnt, hört sie nicht, will sie nicht hören! Wir rufen hinaus in alle Welt: erbarmt euch der schuldlos Gespeicherten, der roh Mißhandelten, sie leiden um der Treue willen zu ihrer Heimat.

Dem „Temps“ wird aus Brüssel gemeldet: Der belgische Oberkommissar in den Rheinlanden wurde von seiner Regierung aufgefordert, gegenüber der außerordentlichen Bewegung in der Pfalz eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten. Die ganze Bewegung hat nach der Brüsseler Auffassung nicht die Bedeutung, die ihr von den Franzosen zugeschrieben wird. Der belgische Oberkommissar wurde aufgefordert, innerhalb der Rheinlandskommission seinen Einfluß auszuüben, damit in der Kommission einheitliche Beschlüsse gegenüber den Verhandlungen der Sonderländer gefaßt werden können. Da die meisten belgischen und holländischen Beamten aus der Pfalz ausgewiesen sind und die Rheinlandskommission für die Aufrechterhaltung der Ordnung sowie die Sicherheit der Besatzungstruppen verantwortlich sei, könnten die Verhandlungen der Sonderländer nicht ratifiziert werden, wohl aber können Maßnahmen ergriffen werden, die die Lage des Landes notwendig erscheinen lassen.

Der unglückliche Völkerbund.

Kopenhagen, 23. Jan. In beiden Kammern des schwedischen Reichstages wurde der Antrag eingebracht, der Reichstag solle den Austritt Schwedens aus dem Völkerbund beschließen. In der Begründung des Antrages heißt es: Der Völkerbund habe seine vollständige Unfähigkeit zur Bewirkung seiner Pläne bewiesen.

Von welcher Seite seiner Antrag gestellt ist, wird in der Meldung nicht gelagt; über keine Aussichten steht dem Fernstehenden also einschneidend die Orientierungsmöglichkeit. Soviel könnte aber wohl gelagt werden, daß bei Annahme des Antrages von der gegenwärtigen Regierung keine Schwierigkeiten gemacht werden würden, nicht obwohl, sondern gerade weil deren Chef, Trygger, früher Vertreter Schwedens beim Völkerbunde gewesen, des geringen praktischen Wertes dieses, einst mit hohen Erwartungen beglückten Gremiums also aus nächster Nähe eingeschaut hat. In einer Zeit der Krise, in der selbst der sozialistische Berliner „Vorwärts“ der Arbeiterregierung in England das Recht zuspricht, zumindest einen Teil des Flottenrüstungsprogramms des konservativen Kabinetts zu übernehmen, weil es den Interessen Englands entspreche, eine starke Flotte zu besitzen — in solcher Zeit ist erste Zweifel am Werte, ob es dem Völkerbund je gelingen wird, der Sicherung des Weltfriedens wirksame Dienste zu erteilen. Es wäre also wohl zu verstehen, wenn in politischen Kreisen Schwedens die Auffassung Raum gewänne, daß aus nächster Nähe eingeschaut hat, die Garantieverträge noch Gewicht zu legen für als auf die Zugehörigkeit zu einer im wesentlichen wirtschaftsunfähigen internationalen Körperschaft. Braucht sie doch schon Monate, um über eine verhältnismäßig untergeordnete Sache wie die Gewährung einer Auslandsanleihe für Ungarn für schuldig zu machen!

Die Aufstandsbewegung auf den Philippinen.

New York, 24. Jan. (Contin.) Nach Meldungen aus Manila hat sich die Lage auf den Philippinen erheblich beruhigt. Man glaubt, daß Tausende von Fanatikern im offenen Aufstand gegen die Regierung begreifen seien. Das amerikanische Kanonenboot „Serrano“ kreuzt auf der Höhe der Insel Mindanao, um im Notfall den Regierungstruppen zu Hilfe zu kommen.

England und die 28prozentige Reparationsabgabe.

Berlin, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem die Verhandlungen der ausländischen englischen Stellen mit deutschen Vertretern über die Einlieferung der deutschen Zahlungen für die 28prozentige Reparationsabgabe kürzlich resultatlos verliefen sind, heißt es, wie der Deutsche Handelsdienst aus London meldet, führende Männer der Londoner City an die englische Regierung gewendet mit dem Entzagen, im Interesse des britischen Handels auf diese Abgabe zu verzichten.

Wiederbeschaffung.

Von Dr. Kulentampff, Mitglied des Reichstags.

Diesjenigen, die vor einem Jahre noch nicht entschlichen konnten, den Grundlag der Kalkulation auf Basis des Wiederbeschaffungspreises anzuerkennen, wollen zum Teil aus heute noch nicht einsehen, daß der Übergang zur christlichen Wirtschaft schon vor Jahre und Tag das Richtige gewesen wäre. Sie arbeiten dabei mit zwei Argumenten, die so viel für sich haben, daß man sich mit ihnen auseinandersetzen muß. Das eine lautet: „Ja, aber damals gab die Reichsbank ja noch Kautschoknoten“, das andere: „und außerdem waren die Steuern noch nicht so hoch.“ Damit ist gemeint, daß die Reichsbank in ihrer unverantwortlichen Kreditwirtschaft Papiermark ausließ und sich nach Ablauf der Woche die gleiche Summe in Papiermark zurückzahlen ließ. Wer z. B. am 1. Juli 1923 bei einem Dollarkurs von 100 000 Mark (ohne Geld anstieß), daß er damit 50 Pfund Roggen kaufen konnte, der bräunte am 1. Oktober 1923 bei einem Dollarkurs von 240 Pfund mit nur 32,5 Gramm zu verkaufen, um sich die gefällige Papiergeldsumme zum Zweck der Zurückzahlung zu verschaffen. Die Reichsbank hatte ihm also praktisch die ganzen 50 Pfund Roggen gekostet. Und bezahlt wurden die 50 Pfund vom ganzen Vorrat durch die Geldwertminderung. Ähnlich ging es mit den Steuern. Sie wurden mit Papiermark von viel geringerem Werte bezahlt, als der Veranlagung entsprach.

Hierdurch entstand nebenbei noch die Sache, daß der Lohn- und Gehaltsempfänger 90 Prozent der Steuern aufbrachte, die ihm ja bei jeder Lohnzahlung sofort abgezogen wurden, während der Unternehmer so gut wie nichts trug. Das würde richtig, wenn der Arbeitnehmer überhaupt Steuern bezahlte. Tatsächlich kann immer nur das Unternehmen die Steuern aufbringen, und der Arbeitslohn ist so bemessen, daß in ihn die Steuern einfließen. Viel einfacher und klarer und vor allem viel weniger demagogisch verwerthbar wäre es, wenn die Lohnsteuer, am besten als fester Satz in Gold pro Kopf, gefaßt nach einigen Arbeiterkategorien, direkt vom Unternehmer bezahlt würde. Wie Beihilgen würden aufkommen, weil ihnen eine Last von sinnloser Arbeit genommen würde. Die Lohnsteuer könnte auf einen Bruchteil vermindert werden. Aber einfache, praktische Lösungen sind bei uns unbeliebt. Die Bureaucratie ist nicht glücklich, wenn eine Sache nicht recht kompliziert, mit vielen kleinen Formulare ausgefüllt ausgehen wird, und die Bureaucratie gehört zu dem Wenigen, was wir an Tradition aus der alten Zeit herüber geerbt haben, und behauptet sich mit einem imponierenden Beharrungsvermögen.

Die beiden Einwände gegen die ehrliche Kalkulation bedeuten, wenn man ihnen auf den Grund geht, die Forderung, daß der einzelne sich mit keinen Kalkulationsmethoden den Fiskus anlassen soll, die der Staat oder die Reichsbank macht. Diese Forderung beruht auf einer falschen Fragestellung. Man darf nicht fragen: „Wie kalkulierte ich die Torheiten der bestehenden Gewalten ein?“, sondern hat zu lauten: „Wie schaffe ich die Torheiten aus der Welt, wie passe ich die Gesetzgebung den immananten Gegebenen der Wirtschaft an, an denen ich um bewilligen ja niemals vorüberkommen kann, weil sie keine Sozialgelebe der deutschen Wirtschaft sind, sondern Gelebe, die auf der ganzen Welt unüberwindlich gelten?“ Leistung und Geseitigung, Angebot und Nachfrage beherrschen die Weltwirtschaft, und wer das nicht beachtet, der macht Pflusarbeit und weiter nichts.

Dem Kaufmann ist es einfach nicht möglich, anders als auf Grundlage der Wiederbeschaffung zu kalkulieren. Verlust haben es viele. Gelungen ist es keinem. Es wird immer ein bester Räucherer, ein Arbeiter mit unwägbar Faktoren, wie „anpassender Aufschlag, der die Geldwertminderung berücksichtigt“ und ähnlichen Begriffen, bei denen sich jeder etwas anderes denkt. Der Maßstab der Weltwirtschaft ist das Gold, und wenn der Staat das nicht anerkennt, will so darf er der Wirtschaft nicht Vorwürfe machen und nicht Unmögliches von ihr verlangen, nur weil er eine Sache nicht zu Ende gebracht hat. Es ist doch Unfals, einem Schneider zuzumuten, mit einem Zentimetermaß aus Gummiband zu arbeiten, dann zu merken, daß das nicht geht, und ihm alle paar Tage neue Vorschriften herauszubringen, wie der arme Kerl das Gummiband handhaben soll. Selbst der einfache Mann wird nach kurzer Zeit ausrufen: „Ja, geht dem Schneider doch eine Elle, die nicht schlüssig ist!“, und wenn er von den Regierenden die Antwort erhält: „Aber keine Elle sind aber auch schlüssig!“, so wird er legen: „Ja, dann müßt ihr auch andere Ellen haben! Damit das Tier an der schlüssigen Elle herumkratzt, wird he doch kein Maßstab!“

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt ist wichtig. Vor 1 1/2 bis 2 Jahren, als der Kampf um den Wiederbeschaffungspreis am höchsten tobte, rechnete noch kaum jemand damit, daß die Mark unendlich weiterfallen müße. Die Möglichkeit, daß sie etwas Tages auf ein Zehntel französisches hin liegen würde, bestand. Häufig dann der Staat gelangt: „Ist erbe ich die Steuern nicht voll, da ja die Mark wertvoller geworden ist?“, hätte die Reichsbank großzügig erteilt: „Du darfst mit weniger zurückzahlen, als ich Dir gab.“, es wäre ihnen gar nicht eingefallen. Man müste also der Wirtschaft zu, am Fall der Mark zu verlieren und am Steigen erst recht zu verlieren, eine Zumutung, die nicht ethisch ist. Ethisch ist und bleibt das Rechnen in Gold, und alle die, die das vor Jahr und Tag nicht anerkennen wollten, sind mit schuldig daran, daß es soweit mit uns gekommen ist. Schuldfragen zu debattieren, ist an sich möglich. In diesem Falle aber, es aus dem Grunde wichtig, die Schuldfrage anzustellen, weil das Gedächtnis der Menschen an sich nicht zu viel und weil veränderbar werden muß, daß aus Vergeltlichkeit diejenigen nach einmal aus Ruder kommen, die die deutsche Wirtschaft fast umgebracht haben.

